

Titelthema

DER ASYLKRITIKER UND SEINE BESORGTEN FREUNDE

**NEUES JUSO
POSITIONSPAPIER**

FREIFUNK FÜR ALLE

**JUSO-IDEEN
FINDEN ZUSTIMMUNG**

4

Das politische Magazin der Jungsozialistinnen und
Jungsozialisten im Rhein-Sieg-Kreis

RHEIN-SIEG-BÜHNE



www.jusos-rhein-sieg.de

Jusos 
im Rhein-Sieg-Kreis

VORWORT

Liebe Jusos, liebe Interessierte,

ich freue mich, dass wir euch die neue Ausgabe unseres Mitgliedermagazins, der Rhein-Sieg-Bühne, präsentieren können. Im letzten Jahr lag unser Fokus auf den Kommunalwahlen, sodass das Magazin ein Jahr aussetzen musste. Dafür kommen wir nun mit einem umfangreichen Heft mit vielen hochaktuellen Themen zurück. Das Titelthema zur Flüchtlingspolitik und den angeblich „besorgten Bürgern“ zeigt uns, wie wichtig politisches Engagement für Freiheit, Demokratie und Solidarität ist. Es zeigt auch, dass die immer wieder vertretende These, dass die Zeit der Sozialdemokratie vorbei sei, weil die meisten Ziele erreicht sind, (leider?) völlig haltlos ist. Sozialdemokratische und jungsozialistische Politik ist angesichts der aktuellen Lage beinahe wichtiger denn je. Das sollten wir als Auftrag verstehen und als Motivation. Mund aufmachen, Haltung zeigen.

Daneben bietet das Heft eine breite Palette an Artikeln über Aktionen und Positionen der Jusos im Rhein-Sieg-Kreis. Es geht um unseren Einsatz für Vielfalt und Toleranz im Rhein-Sieg-Kreis, für ein schwul-lesbisches Jugendzentrum, für einen zukunftsfähigen Nahverkehr, für freie W-LAN-Netze oder eine kritische Position zu den transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Auch die Arbeitsgemein-



schaften berichten wieder von ihrer vielfältigen und engagierten Arbeit vor Ort.

Also, es lohnt sich! Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen des Magazins, das vielleicht den einen oder anderen Gedankenanstoß geben kann, und würde mich freuen, wenn wir uns bei einer der nächsten Juso-Aktionen sehen.

Solidarische Grüße

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Mario Dahm". The signature is fluid and cursive.

Euer

Mario Dahm, Juso-Kreisvorsitzender

INHALT

Für einen bunten Rhein-Sieg-Kreis	4
Sozial, nachhaltig und jugendfreundlich!	6
Der Asylkritiker und seine besorgten Freunde	8
Vorurteil oder Wahrheit?	15
Freifunk für alle	17
Interview mit Nicole Sander	18
Fotoalbum	20
Juso-Ideen finden Zustimmung	22
Sondergerichte in Freihandelsabkommen	24
„Warum bin ich in der SPD?“	26
Aus den Arbeitsgemeinschaften	28



**Für Anregungen, Fragen, Feedback und Kritik schreibt
uns einfach eine E-Mail an rsb@jusos-rsk.de**

FÜR EINEN BUNTEN RHEIN-SIEG-KREIS

Jusos setzen Zeichen gegen Homophobie und fordern schwul-lesbisches Jugendzentrum

„Da bin ich schnell durch“, war die Antwort von Martin Dohmstreich, Leiter der Gesundheitsagentur Rhein-Sieg, auf die Frage, welche Angebote es im Rhein-Sieg-Kreis für schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche gibt: Keine. Aus diesem Grund hatten die Jusos Rhein-Sieg zusammen mit der SPD-Kreistagsfraktion zu einer Podiumsdiskussion in die Meys Fabrik nach Hennef eingeladen. Zu Beginn ging der Juso-Kreisvorsitzende Mario Dahm auch auf die Aktionen zum Internationalen Tag gegen Homophobie ein, die seit zwei Jahren von den Jusos auf dem Siegburger Marktplatz organisiert werden. In diesem Jahr galt es, bei einem Dosenwerfen homophobe Sprüche abzuräumen. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Dietmar Tandler führte Dahm in das Thema ein und erklärte die Funktion der Veranstaltung als Startschuss für eine Diskussion, die bisher im Rhein-Sieg-Kreis so kaum geführt wur-

de. Dazu hatten die Jusos Expert*innen eingeladen, die aus der Praxis berichten sollten. Das schwul-lesbische Jugendzentrum GAP in Bonn wurde von der pädagogischen Leiterin Mirjam Setzer vorgestellt. Das weite Einzugsgebiet zeige sich immer wieder daran, dass Jugendliche teils über eine Stunde Anreise hätten, um das Jugendzentrum in Bonn-Beuel zu besuchen. Spezielle Angebote für homo- und transsexuelle Jugendliche böten einen geschützteren Raum als die Angebote der Regeljugendarbeit, betonte auch Wibke Korten von der NRW-Fachberatung „gerne anders!“. Ziel ist es vor allem, die Jugendlichen in ihrer Selbstfindung zu unterstützen. Der Erfolg sei immer wieder zu sehen, wenn





aus den unsicheren Jugendlichen, die sich oft im Jugendzentrum zum ersten Mal „outen“, schließlich sogar selbstbewusste Aufklärerinnen und Aufklärer im „SchLAU“-Projekt würden, berichtete Setzer aus ihren Erfahrungen.

Das Aufklärungsprojekt „SchLAU“, das sich zurzeit auch im Rhein-Sieg-Kreis im Aufbau befindet, stellte Martin Dohmstreich vor. Ehrenamtliche Aufklärerinnen und Aufklärer gehen dabei in Schulen, erzählen ihre persönliche Geschichte und werben so für Toleranz und Vielfalt. Dass der Bedarf für spezielle Beratungs-, Unterstützungs- und Freizeitangebote für schwul-lesbisch-transsexuelle Jugendliche auch im Rhein-Sieg-Kreis gegeben ist, waren sich Podium und Publikum einig. Der Beratungsbedarf der Jugendlichen sei so unterschiedlich wie die Jugendlichen selbst und auch die Unterstützung von Eltern sei eine wichtige Aufgabe, denn auch Eltern müssten sich immer wieder „outen“ und

würden mit einer für sie neuen Situation konfrontiert, erklärte Setzer. Nils Grote von den Schwusos Köln warnte davor, Projekte ausschließlich durch ehrenamtliche Kräfte initiieren zu wollen, weil nachhaltige Angebote hauptamtliche Kräfte benötigten, die Fachkompetenz und Kontinuität gewährleisten könnten. „Es kann nicht unser Ziel sein, die jungen Leute nur in die Großstädte weiterzuleiten“, fasste Moderator Mario Dahm die Diskussion zusammen. Dabei geht es auch um die Sichtbarkeit von sexueller Vielfalt, die im Rhein-Sieg-Kreis so bisher nicht gegeben ist. Erste Ideen für ein neues Angebot der schwul-lesbischen Jugendarbeit im Rhein-Sieg-Kreis wurden geboren und sollen nun weiterverfolgt werden. Ob die Einrichtung eines Jugendzentrums für den Rhein-Sieg-Kreis oder ein mobiles Angebot, das an unterschiedlichen Orten wahrgenommen werden kann, der beste Weg ist, muss nun ebenso diskutiert werden wie die Frage der Finanzierung.



SOZIAL, NACHHALTIG UND JUGENDFREUNDLICH!

Jusos Rhein-Sieg verabschiedeten neues Positionspapier

Bei der Jahreshauptversammlung der Jusos im Rhein-Sieg-Kreis stand die Diskussion um politische Inhalte ganz oben auf der Tagesordnung. Der Kreisvorstand hatte ein Positionspapier vorbereitet, das die Mitglieder der SPD-Jugendorganisation schließlich einstimmig beschlossen. In mehreren Kapiteln formulieren die Jusos darin ihre Ziele für eine junge, soziale und nachhaltige Politik im Rhein-Sieg-Kreis. So sprechen sich die Jusos für einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Einführung eines Bürgertickets für Bus und Bahn aus. Auch in Zeiten knapper Kassen dürfe nicht auf Kosten der Schwächsten gespart werden. Die menschenwürdige Unter-

bringung von Flüchtlingen in den Kommunen und die nun noch wichtigere Integrationsarbeit bilden einen Schwerpunkt des Papiers. Den Bau von bezahlbaren Wohnungen wollen die Jusos genauso fördern, wie Freizeit-, Kultur- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche oder die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen. Weiterhin Ziel bleibt auch die bessere politische Beteiligung von jungen Leuten und der Kampf für einen bunten und toleranten Rhein-Sieg-Kreis. Schulen dürfen nach Meinung der Jusos nicht die baufälligsten Gebäude der Stadt sein, sondern müssen zu attraktiven Lern- und Lebensorten mit modernster Ausstattung und hoher Aufent-

haltsqualität entwickelt werden. Dabei bleibt das längere gemeinsame Lernen die Grundposition jungsozialistischer Bildungspolitik, da sich das gegliederte Schulsystem längst überholt hat. Eine nachhaltige Politik fordern die Jusos nicht nur hinsichtlich eines schonenden Einsatzes unserer natürlichen Ressourcen, sondern auch in Finanzfragen. Um unsere Kommunen als attraktive Lebensräume zu erhalten, müssen hohe Vermögen, hohe Erbschaften und Finanzgeschäfte stärker besteuert werden, damit ausreichend Geld für die notwendigen staatlichen Leistungen und die kommunale Infrastruktur zur Verfügung steht. Die Jusos formulieren deswegen klar: Wir treten für einen starken Staat ein, der allen gleiche Chancen bietet. Nur der vorbeugende Sozialstaat kann

muss. Die Kosten verfehlter Bildungs-, Integrations-, Umwelt- oder Sozialpolitik werden als Folgekosten die staatlichen Kassen bei weitem mehr belasten als frühzeitige Investitionen z.B. in Bildung. Unter diesem Gesichtspunkt können Investitionsimpulse im gewissen Rahmen auch über Schulden finanziert werden, weswegen die Jusos auch sogenannte „Schuldenbremsen“ als Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten ablehnen. „Wir verstehen uns als politische Ideengeber, deshalb ist die inhaltliche Diskussion für uns sehr wichtig. Diese Themen bringen wir in die SPD ein oder auch durch unsere Aktiven direkt vor Ort. Gerechte Politik fängt in der Kommune an. Das kann man nicht nur im pragmatischen Kleinklein lösen, dafür braucht man eben



durch Lenkungs- und Verteilungsinstrumente Chancengleichheit und soziale Sicherheit herstellen. Den Abbau des Sozialstaates unter dem Vorwand angeblicher Generationengerechtigkeit lehnen die Jusos entschieden ab, da Generationengerechtigkeit in der Zukunft immer mit Verteilungsgerechtigkeit zur Herstellung gleicher Chancen in der Gegenwart gedacht werden

auch Ideen und Vorstellungen, wie es in der Stadt oder Gemeinde besser laufen kann“, so der Juso-Kreisvorsitzende Mario Dahm.

Das komplette Positionspapier kannst Du auf unserer Homepage nachlesen:
www.jusos-rsk.de/positionen



DER ASYLKRITIKER UND SEINE BESORGTEN FREUNDE

Einmal Klartext, bitte.

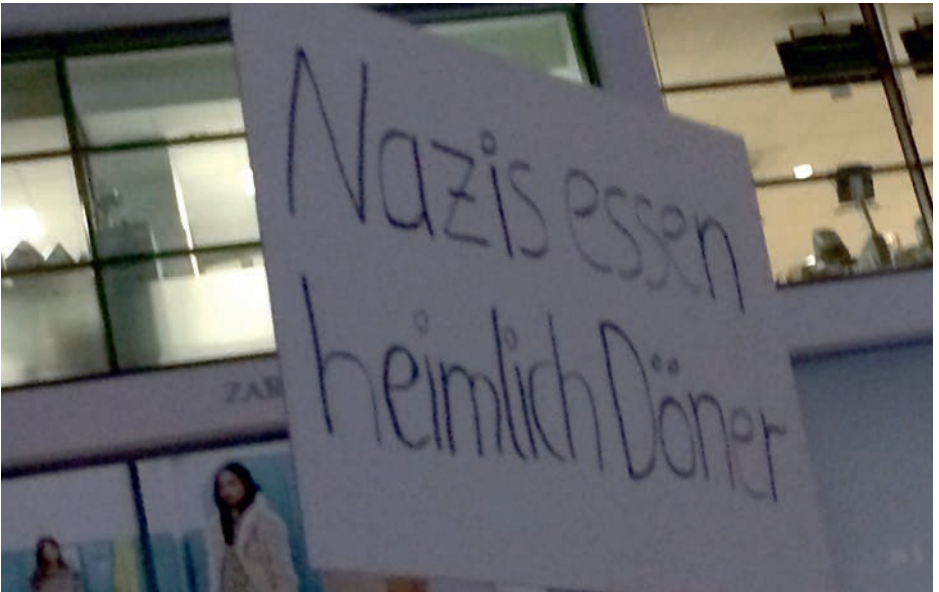
Lieber besorgter Bürger, liebe besorgte Bürgerin, ich würde Dir einen Brief schreiben, aber ich weiß, dass Du das eh nicht lesen würdest. Dieses Gutmenschenzeug des linken Mainstreams hast Du durchschaut. Gerade Dir ist die Erleuchtung gekommen. Tja, wo die Erleuchtung so hinfällt, nicht?! Du bist als „besorgter Bürger“ ohnehin eine allzu abstrakte Größe, sprachlich

verschleiert, voller diffuser Sorgen, die sich bei genauerer Betrachtung als eiskalte(r) Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie entpuppen. Nein, deshalb schreibe ich nicht Dir, sondern den „Unbesorgten“, denjenigen, die meinen, dass Reflektieren nicht nur die Aufgabe der Fahrradrückleuchte ist.



Der „besorgte Bürger“ bestimmt zurzeit die mediale Diskussion. Fast unbemerkt, dann aber doch ganz unaufhaltsam breitet sich diese neu entdeckte Spezies in unserem Land aus. Vielleicht ist Dein Nachbar auch schon ein „besorgter Bürger“, der erkannt hat, woran sein schönes Vaterland derzeit leidet: Flüchtlinge, Schwule, Schulaufklärer, Ausländer generell, Lügenpresse und Politiker, in Fachkreisen besser bekannt als „Volksverräter“. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen schaffen es immer mehr Menschen ganz offensichtlich nicht mehr, ihren mühsam unter der Oberfläche gehaltenen Rassismus oder allgemeiner ihre Ablehnung des Fremden weiter zu verbergen. Soziale Netzwerke sind da eine ganz besondere Erleichterung.

Dass viele Menschen erschreckendes Gedankengut haben, konnte man immer vermuten. Dank Facebook hat man es nun jeden Tag schwarz auf weiß. Die verwirrtesten Gedankeninfarkte werden als Argumentation getarnt und samt gefährlichem aber als ausreichend empfundenem Halbwissen und kleingeistigen Vorurteilen virtuell erbrochen. Das wird man doch wohl noch sagen dürfen! Familien würde man ja Asyl gewähren, aber es kämen doch vor allem junge Männer. Skandal, möchte man schreien! Skandal, dass die sich nicht als Kanonenfutter zur Verfügung stellen wollen. Der junge Mann hat im Krieg zu fallen. Gedankengut, das längst überwunden schien, grüßt von neuem. Ist das die Leitkultur?



Ja, es ist erschreckend, wie weit menschenverachtendes Gedankengut immer noch verbreitet ist. Der Mensch und erst recht der „besorgte“ Mensch neigt dazu, Normalität grundsätzlich an sich selbst zu definieren. Alles andere ist anders, gefährlich, es wird abgelehnt. Die Ablehnung des Anderen konstruiert dabei das Eigene. Je schwächer das eigene Ich empfunden wird, desto stärker die Abgrenzung, die dann schließlich in Hass umschlägt. Der Anstand kann die offene Ablehnung zumeist zurückhalten. Immer mehr Mitbürger*innen scheint das aber nicht mehr zu gelingen. Der Hass ist gesellschaftsfähig geworden. Die einen reden von „Volksverrättern“, die anderen basteln Galgen mit Politikernamen. In Köln ist der Hass jüngst in pure Gewalt umgeschlagen, als Bürgermeisterkandidatin Reker niedergestochen wurde. Frau Reker war das Opfer, das Ziel aber waren

wir alle. Die „Flüchtlingskrise“ mit ihrer Krisen-, Kriegs- und Kulturkampfrhetorik zeigt auf der einen Seite das „freundliche Gesicht“ der Deutschen, auf der anderen Seite aber auch ihre hässlichste Fratze. Zwei Argumentationsmuster scheinen dabei mittlerweile die Oberhand zu gewinnen: Das sich als Erkenntnis maskierende „Wir-schaffen-das-nicht“-Gejammer und die reflexhafte Verteidigung „unserer“ angeblich bedrohten Werte.

Niemand behauptet, dass Deutschland die ganze Welt aufnehmen kann. Das wäre auch reichlich unnötig, da nicht mal annähernd die ganze Welt in Deutschland leben möchte. So viel Hybris kann nicht mal ein CSU-Stammtisch aufbringen. Auf der anderen Seite aber ist ganz klar: Wer von Obergrenzen für die Aufnahme von flüchtenden Menschen spricht, der unter-

schreibt Todesurteile mit einem Achselzucken. Wer sich angesichts der Bilder aus Syrien in Talkshows um den angeblichen Wertverlust seiner Immobilie sorgt, dessen zynische Unmenschlichkeit ist erschreckend. Eine Entwicklungsstufe des „besorgten Bürgers“ ist der „besorgte Politiker“, der ungleich ekliger wirkt und dessen politischer Wertekompass grundsätzlich in Richtung der Meinung schwankt, die gerade am lautesten gerufen wird. Namen zu nennen, ist an dieser Stelle überflüssig; erstaunlich aber wie weit sich diese Praxis in die viel beschworene „bürgerliche Mitte“ ausgebreitet hat. Wir brauchen keine Politiker*innen, die versuchen Belastungsgrenzen zu definieren, auch oder erst recht keine sozialdemokratischen, sondern Politiker*innen, die ihren Job machen. Wir haben sie nicht gewählt, damit sie sich über die Schwere ihrer Aufgaben beklagen, sondern damit sie diese Aufgaben angehen und lösen. Wer lamentiert statt organisiert hat seine politische Bankrotterklärung selbst unterschrieben. Politische Jammerlappen, die geistig Brände stiften, sollten ihre Plätze räumen für diejenigen, die sich Aufgaben stellen. Haltung ist schließlich keine Charakterschwäche.

Jetzt hört man den „besorgten Bürger“ aufschreien. Aber: Wer Menschlichkeit nicht nach Kassenlage und Bequemlichkeit zeigt, der ist kein naiver Gutmensch. Es ist Ausdruck einer fragwürdigen Gesellschaft, wenn „Gutmensch“ zum Mode-Schimpfwort wird. Es stimmt, dass mit Naivität niemandem geholfen ist. Mit „refugees welcome“-Aufkleber ist es da nicht getan.

Das wäre eine Verniedlichung der Situation. Es kann in dieser Frage aber kein „ob“ geben. Es mag ein „wie“ geben, dass diskutiert werden muss. Unser Handeln bestimmt nicht die Situation. Die Situation bestimmt unser Handeln; sie muss es bestimmen. Erster Schritt von Politik sollte das Anerkennen von Realität sein, auch für Horst Seehofer und Gefolge. Menschlichkeit endet nicht an Grenzen. Verantwortung gilt nicht nur für bestimmte Bereiche. Es hat doch wohl hoffentlich niemand die Absicht, eine Mauer zu errichten? Nein. Solidarität ist international. Unser Blick aber ist oft beschränkt, wegschauen bequem. Flüchtlinge so lange aufnehmen bis das meinen eigenen Alltag einschränkt? Doch nicht in der Nachbarschaft. Um in der leidlich bekannten Bootmetapher zu bleiben: Ist es angemessen, wenn man in Seenot geratene Menschen nicht auf sein Kreuzfahrtschiff nimmt? Schließlich hat man ja für den schönen Urlaub bezahlt. Zur Anmerkung für die „besorgten“ Mitmenschen: Die Frage ist rhetorisch.

Nie hatte Sigmar Gabriel mehr Recht als in dem Interview, in dem er die Leute, die vor Asylbewerberunterkünften menschenverachtende Parolen skandieren und nicht davor zurückschrecken, diese auch anzuzünden, als Pack bezeichnete. Die Ärzte sangen einst: Arschloch. Hier ist klare Kante gefragt. Sich der Diskussion stellen, ja. Aber Nazis muss man auch Nazis nennen. Punkt. Angesichts dieser Mitbürger*innen kann man eigentlich nur auf Einwanderung hoffen. Liebe Volksretter*innen, wer rettet uns vor euch?

Welche Werte verteidigt jemand, der nachts Parolen vor einem Asylbewerberheim schreit, in dem Kinder und Frauen schlafen, die vor Krieg geflohen sind? Welche Normen sieht jemand gefährdet, der Hassbriefe à la „Asylanten-Hure“ an Politiker*innen schreibt? Was ist denn deutsche Leitkultur? Gartenzwerge? Oktoberfest? Hetero-Ehe? Wer definiert das? Ist man kein Deutscher, wenn man Goethe nicht liest? Das Land der Dichter und Denker wäre klein. Meine Werte verteidigt der „besorgte Bürger“ nicht.

Und auch mit dem CSU-Generalsekretär teile ich vielleicht den „Wert“ der Rechtsstaatlichkeit, danach wird es schon dünn. Eine reichlich kleine Basis, um daran eine Leitkultur zu definieren. Die „besorgten“ Freunde der Asylkritiker*innen demonstrieren in Stuttgart auch gegen Regenbogenfamilien und Aufklärung in Schulen. Dabei wird offensichtlich, dass es hier nicht um unterschiedliche politische Positionen geht, sondern um den Versuch, mit Lügen und Unwahrheiten wie „Porno-Schulbüchern“ und „Umerziehung

der Kinder“ Stimmung für längst überholte Gesellschaftsbilder zu machen, die wissenschaftliche Erkenntnis negieren. Auch hier: Keiner homophob, aber... Die freundlichen Vorzeigegesichter der reaktionären Bewegung können die Meinungen der Mitlaufenden nicht überdecken: Offener Hass im Zeichen der „Natürlichkeit“, einem der meistmissbrauchtesten Begriffe der letzten Jahrhunderte. Und wo die Ablehnung nicht offen ist, da ist sie latent. Der Standard-spruch vom eigenen Schlafzimmer, in dem ja jede*r machen könne, was er/sie/* wolle, illustriert genau das, was der französische Soziologe Bourdieu mit der Verweigerung einer sichtbaren öffentlichen Existenz meint. Auch das ist in der Konsequenz Diskriminierung. Die Sorgen der „besorgten Eltern“



Bei der CSU sah das auch mal anders aus

sind eine Sammlung von Unsinn und Desinformiertheit und so laufen sie eigentlich unfreiwillig als Paradebeispiele für Aufklärung durch die Straßen. Man muss ja Genderwissenschaft nicht mögen. Allerdings soll es auch berechtigte Zweifel an der Existenz Gottes geben und trotzdem wird Theologie an Universitäten betrieben. Wissenschaften verbieten wollen, steht in einer gänzlich unrühmlichen Tradition. Die sexualwissenschaftlichen Institute haben die Nationalsozialisten - der offene Antiintellektualismus und die Natürlichkeitsrhetorik als weitere Parallelen mal außen vor gelassen - 1933 nämlich mit als erstes geschlossen. Da hat man die geistigen Väter der „besorgten Familien“. Bei den Protesten in Baden-Württemberg marschieren übrigens neben der AfD auch fleißig CDU-Politiker*innen (ha, das * ärgert sie jetzt!) mit. Eine Vorkämpferin gegen die „sozialistische Familienideologie“

der SPD und den „Genderwahn“ hatte auch die CDU Rhein-Sieg jüngst zu Gast: Birgit Kelle. Auch diese Frau versucht zwar freundlicher im Ton, aber dennoch unermüdlich, eine oft genug diskriminierte Minderheit zu einer ominösen Macht umzudeuten, die die „deutsche“ Kultur, die Mehrheit angreife, ja beherrsche. Die Ideologin wirft den anderen vor, Ideologie zu betreiben. Paradox? Klar, aber bei den „besorgten Bürgern“ fallen solche reaktionären Verschwörungstheorien auf fruchtbaren Boden.

Es bleibt die Frage der Werte, die verteidigt werden, wenn sich angesichts der Flüchtlingskrise konservative Politiker*innen - zusätzlich zu der oft implizit mitschwingenden Unterstellung, Flüchtlinge kämen, um das Grundgesetz abzuschaffen - plötzlich Sorgen um homosexuelle Menschen machen. Die Gleichberechtigung sei



in Deutschland schließlich ein Grundwert. Das kann man auch heuchlerisch finden, wenn die gleiche Partei immer noch staatliche Diskriminierung aufrechterhält. Dieser Abriss sollte eines zeigen: Werte sind Produkte menschlicher Wertsetzung. Das sagte schon Nietzsche. Der war übrigens sehr frauenfeindlich, ohne muslimischer Flüchtling zu sein. Es gibt keine deutsche Leitkultur und keine wesenhaften Werte, die feststehen und verteidigt werden könnten. Vielmehr sind wir alle gefordert, an der ständig stattfindenden Aushandlung „unserer“ Werte mitzuwirken. Die Devise heißt: Mund aufmachen gegen Hass, Ausgrenzung und Hetze. Die SPD ist eine politische Wertegemeinschaft und kein Kanzlerwahlverein. Das garantiert aber leider nicht, dass die SPD deshalb immer auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Deshalb gilt

es auch hier, mitzumischen für Menschlichkeit, Gleichheit, Solidarität. Dieser kurze Abriss über die wirre Welt der „besorgten“ Bürger*innen sollte zeigen, dass dieses Mitmischen aktueller und wichtiger ist denn je. Das Selbstverständliche ist eben nicht selbstverständlich. Nicht die „Argumente“ der „besorgten“ Bürger*innen sollten uns Sorgen bereiten, sondern ihre Existenz und ihre Zahl in manchen Regionen Deutschlands. Wir dürfen den modernen Rattenfängern nicht das Feld überlassen. Wenn sich vermeintlich „besorgte“ Bürger*innen mit Neonazis vereinigen, dann kann das nicht ohne Antwort bleiben. Zu viele Menschen fühlen sich abgehängt und suchen im Gestern die Zukunft. Dem muss die Sozialdemokratie begegnen. Das geht aber nur mit einer klaren Haltung: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.



Mario Dahm (26)

ist Vorsitzender der Jusos im Rhein-Sieg-Kreis, Ratsmitglied in Hennef und studiert nebenbei auch noch Germanistik, Geschichte und Philosophie in Köln. Er scheut keine Diskussion über „Gender-Sternchen“ und kann sich super über „besorgte“ Bürger*innen aufregen.



VORURTEIL ODER WAHRHEIT?

Faktencheck der Vorurteile gegenüber Flüchtlingen

In diesem Sommer erlebte die Flüchtlingspolitik in den Medien eine Höchstzeit. Immer wieder wurde darüber berichtet, dass immer mehr Flüchtlinge in Deutschland ankommen, dass der Zaun an der Grenze zwischen Ungarn und Serbien eine Welle der Empörung auslöste, und dass der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sein Amt aufgab. Diese und weitere Nachrichten waren tagtäglich zu hören. Im Zuge dessen wurden Vorurteile geschürt, sodass Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt wurden oder neuankommende Flüchtlinge die Busse nicht verlassen konnten. Doch handelt es sich nur um Vorurteile oder um die Wahrheit? Die Statistiken belegen, es sind wirklich nur Vorurteile! Der folgende Faktencheck soll einen Überblick über diese Vorurteile geben:

»Europa trägt die Hauptlast«

Viele Flüchtlinge kommen aus Bürgerkriegsgebieten wie zum Beispiel Syrien. Dabei sind vor allem direkte Nachbarstaaten von den Flüchtlingsströmen betroffen. So nehmen vor allem der Libanon und Jordanien die meisten Flüchtlinge auf. Im Libanon machen Flüchtlinge fast ein Viertel der Bevölkerung aus.

»Deutschland tut mehr für Geflüchtete als andere EU-Staaten«

Obwohl im ersten Quartal 2015 40% aller Flüchtlinge einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, wurden in Deutschland im Vergleich zu Schweden, Österreich oder Ungarn im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen deutlich weniger Anträge eingereicht. So wurden auf 1 Millionen Einwohner in Deutschland 3.065 Asylanträge gestellt und z.B. in Schweden 8.425.

»Wer einmal in Deutschland ist, bleibt auch hier«

Im Jahr 2014 konnte Deutschland mehr als jeden dritten Asylantrag, aufgrund des Dublin-Verfahrens, ohne Prüfung der Ansprüche ablehnen. Des Weiteren wurden im ersten Halbjahr 2015 nur 36,7% der Geflüchteten als Flüchtlinge anerkannt und so mit einem Bleiberecht ausgestattet.

»Vor allem Wirtschaftsflüchtlinge kommen nach Deutschland«

Zunächst muss bedacht werden, dass nur politisch Verfolgte einen Asylanspruch in Deutschland haben. Das bedeutet ein Asylgesuch aus rein ökonomischen Gründen wird grundsätzlich abgelehnt. Oftmals werden Flüchtlinge vom Balkan als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet. Bei dieser Personengruppe handelt es sich vor allem

um Roma, die in ihren Herkunftsländern diskriminiert werden. Asylgesuche aus Serbien, Kosovo und Albanien wurden 2014 zu 99% abgelehnt.

»Einwanderer kosten Deutschland zu viel Geld«

Im Jahr 2015 werden voraussichtlich 1,8% des Bundeshaushaltes für Flüchtlinge ausgegeben. Das sind etwa 5 Milliarden von 299 Milliarden Euro.

»Flüchtlinge bekommen mehr Geld als Hartz-IV-Empfänger«

Ein erwachsener Flüchtling bekommt in einer Erstaufnahmeeinrichtung Verpflegung, Unterbringung, Kleidung, Erstausrüstung und ca. 140 Euro. Im Vergleich dazu erhält ein Hartz-IV-Empfänger die Kosten für Unterbringung, Heizung und Wohnungserstausrüstung sowie 399 Euro.

Bei diesen Vorurteilen handelt es sich nur um einen Auszug. Hier können noch wesentlich mehr genannt und auch größtenteils widerlegt werden!



Zeynep Kirli (22)

ist Beisitzende im Juso-Kreisvorstand und studiert Psychologie in Bonn. In ihrer Freizeit liest sie gerne Gedanken anderer aus einer Kristallkugel.

FREIFUNK FÜR ALLE

Barrierefrei & attraktiv

Fast überall im Kreis setzen sich Jusos für freies WLAN (Freifunk) ein. So z.B. in Lohmar und Niederkassel mit entsprechenden Anträgen im Stadtrat. Jeder junge Mensch nutzt sie: Smartphones und Tablets. Sie sind aus unserem heutigen Alltag kaum mehr wegzudenken und erleichtern uns das Leben in vielerlei Hinsicht. Die Verfügbarkeit von kostenfreiem Internet „to go“ ist deshalb überall wünschenswert. Denn ein frei nutzbares WLAN macht eine Stadt insgesamt attraktiver für Menschen, egal, ob sie dort leben und arbeiten, zur Schule gehen oder nur als Touristen verweilen.

Mit einem freien WLAN-Zugang könnte sich jede*r rund um die Uhr kostenlos über die Stadt informieren, auch dann, wenn Rathaus und Stadthaus geschlossen haben. Entspannt am Rathausplatz sonnen und gleichzeitig die letzten E-Mails des Tages beantworten? Wo finde ich die nächste Buchhandlung? Welches Restaurant hat gerade geöffnet? Wo ist die nächste Boutique? Wann und wo fährt der nächste Bus nach Hause?

Freies WLAN schafft Barrierefreiheit

Nicht jede*r kann sich einen Vertrag leisten, der einen Internetzugang beinhaltet. Manche Menschen sind benachteiligt aufgrund ihrer finanziellen Situation. Eine kostenfreie Verbindung zum Internet stellt sicher, dass alle Menschen die Möglichkeit erhalten, das Internet nutzen

zu können. Denn der Zugang zu Informationen muss für jede*n möglich sein. Außerdem sorgt der freie WLAN-Zugriff z.B. dafür, dass sich Arbeitssuchende, die sich keinen Internet Zugang leisten können, im Onlineverfahren auf neue Stellen bewerben können.



Thomas Roßrucker (22)

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand und Vorsitzender der Lohmarer Jusos, ist gelernter Elektroniker, Ratsmitglied und redet gerne viel.

„MITBESTIMMEN UND MITGESTALTEN HEISST AUCH VERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN“

Interview mit Bürgermeisterin Nicole Sander



Nicole Sander

Die jüngste Bürgermeisterin im Rhein-Sieg-Kreis ist Mitglied der SPD und der Jusos. Mit einem bürgernahen und authentischen Wahlkampf hat sie den amtierenden Bürgermeister von Neunkirchen-Seelscheid aus dem Chefsessel befördert. Wie sie das gemacht hat, wie die Arbeit bisher gelaufen ist und einiges mehr erfährt ihr hier im Interview:

Loubna: „Wie kamst Du zu dem Entschluss, Dich als Bürgermeisterkandidatin aufstellen zu lassen?“

Nicole: „Irgendwann klingelte mein Telefon und ich wurde um ein persönliches Gespräch gebeten. Nach einem längeren Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in Neunkirchen-Seelscheid hatte ich mir zunächst etwas Nachdenkzeit ausbedungen. Selbstverständlich wägt man seine persönliche, private sowie berufliche (Lebens-) Situation ab, bevor man diese Entscheidung trifft. Am Ende gab es dann aber mehr pro als contra für die Kandidatur.“

Hanna: „Wie ist es so, als junge Frau der „erste Mann“ der Stadt und die Chefin zu sein?“

Nicole: „Vergleichsweise treffen auf mich die gleichen Umstände und Herausforderungen zu, wie sie auch meinen länger gedienten Amtskollegen begegnen. „Auffällig“ bleibt nach wie vor offenbar mein Alter bzw. mein Geschlecht. Häufig werde ich nach meinen „besonderen Herausforderungen“ gefragt. Hilfreich ist, dass ich nach zehn Jahren in Diensten für die Kreisverwaltung Siegburg, vier Jahren in Diensten für das Technische Hilfswerk bzw. meiner 12-jährigen ehrenamtlichen politi-

schen Arbeit den nötigen „Stallgeruch“ mitbringe und mich nicht erst in fremde Strukturen einfinden muss.

Loubna: „Leider ist es noch so, dass Frauen als Bürgermeisterinnen eine Seltenheit darstellen. Hast oder hattest Du auch mit Vorurteilen dahingehend zu kämpfen?“

Nicole: „Richtig ist, dass aktuell nur rund 10% der deutschen Rathäuser von Frauen geführt werden. Das hat zuletzt auch eine Studie zu diesem Thema nochmals verdeutlicht („Frauen führen Kommunen“). Es gibt vielfältige Gründe für dieses Phänomen, die nicht zuletzt systembedingt sind. Vorurteile bezogen darauf, dass ich eine Frau in Führungsfunktion bin, kann ich nicht bestätigen. Es bezieht sich wohl eher auf mein Alter. Hier scheint es meines Erachtens traditionell und kulturell bedingt noch Vorurteile zu geben. Der (noch) üblichere Fall ist nun mal der/die „Bürgermeister/in 50+“.“

Loubna: „Was reizt Dich am meisten an Deinem Beruf?“

Nicole: „Die Vielseitigkeit der Themen und der Kontakt zu Menschen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen.“

Hanna: „Wie bist du zur Politik gekommen?“

Nicole: „Durch meinen Vater, der für die SPD im Rat der Gemeinde Windeck seit vielen Jahren aktiv ist. Zu Hause wurde häufig auch politisch diskutiert. Irgendwann wollte ich selbst „mitbestimmen“ und wurde politisch aktiv - natürlich bei den Sozialdemokraten.“ *grinst*

Loubna und Hanna: „Nicole, Du bist die jüngste Bürgermeisterin im Kreis. Nun gibt es viele junge Talente, die sich nicht trauen würden, ein solches Amt zu übernehmen. Wie kann man junge Menschen überzeugen, kommunalpolitisch aktiv zu werden?“

Nicole: „Ich ermutige jede/n gerne dazu, sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Lebensbedingungen zu beteiligen. Vor allem wenn man der Meinung ist, dass da gegebenenfalls einiges optimierungswürdig ist. Mitbestimmen und mitgestalten heißt auch Verantwortung zu übernehmen. Und das kann sogar Spaß machen!“

Wir bedanken uns bei Nicole für dieses spannende und aufschlussreiche Interview! Gemeinsam können wir Verantwortung übernehmen und mitbestimmen. Glück auf.



Hanna Nora Meyer (27) und Loubna Aarchi (29)

sind beide Mitglied im Juso-Kreisvorstand an, haben in Bonn Jura studiert und gehören der seltenen Spezies der jungen Frauen in ihren Stadträten (Hennef und Bornheim) an.

FOTOALBUM

Es ist viel passiert seit der letzten Ausgabe der Rhein-Sieg-Bühne. Hier sind ein paar kleine Einblicke in unsere Veranstaltungen und Aktionen.



Veranstaltung zu transatlantischen Freihandelsabkommen



Frühlingsfest in Neunkirchen-Seelscheid

Bogida-Gegendemo in Bonn



Kreisparteitag in Eitorf

Kneipenquiz in Eitorf



Podiumsdiskussion Angebote für queere Jugendliche

Aktionsstand zum Internationalen Tag gegen Homophobie



Juso-Seminar in Eitorf



Bürgermeisterwahlkampf in Swisstal



Sommerfest der Jusos



Juso-Landeskonferenz





JUSO-IDEEN FINDEN ZUSTIMMUNG

Mobilität für alle bleibt unser Ziel

Das Thema Nahverkehr und Mobilität steht seit je her bei den Jusos im Rhein-Sieg-Kreis ganz oben auf der politischen Agenda. Unser Ziel ist eine Verbesserung des Angebotes an Bussen und Bahnen überall im Rhein-Sieg-Kreis, auch in den ländlichen Gebieten und zu den Ausgehzeiten abends und am Wochenende. Nur über einen attraktiven, leistungsfähigen und preiswerten öffentlichen Nahverkehr kön-

nen wir Mobilität für alle garantieren, für junge Leute, für Leute mit geringen Einkommen, für Senioren, kurz: für alle eben. Doch ein besserer Nahverkehr braucht Geld und Investitionen. Deshalb treten die Jusos und die SPD im Rhein-Sieg-Kreis auch für die Einführung eines Bürgertickets ein. In diesem Modell beteiligen sich alle an der Finanzierung und am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und können im



Gegenzug Busse und Bahnen frei nutzen. Noch ist das Zukunftsmusik, aber wenn wir den Nahverkehr stärken wollen, dann brauchen wir neue Finanzierungsmodelle.

Bei anderen Forderungen können die Jusos erste Erfolge verbuchen. Die Forderung nach „klassenlosem Bahnfahren“, also der Abschaffung der ersten Klasse im Regionalverkehr, traf beim Verkehrsverbund auf offene Ohren. In einem einjährigen Pilotprojekt soll zunächst die 1. Klasse in den S-Bahnen auf der Siegtalstrecke (S12, S13, S19) entfallen. Ein Erfolg! Doch das kann nur der erste Schritt sein, denn wir brauchen die meist unbesetzten Plätze der 1. Klasse, um die Kapazitäten für alle kurzfristig

zu erweitern. Ebenfalls ein Pilotprojekt konnten die Jusos über einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu freiem W-LAN im Nahverkehr initiieren. Der RVK wird nun in einer Testphase die Linie 800 zwischen Bonn, Alfter und Rheinbach mit einem solchen freien Internetzugang ausstatten und durch Fahrgastbefragungen ermitteln, wie dieses Angebot angenommen wird. Mit W-LAN-Netzen stärken wir gezielt einen Vorteil des Nahverkehrs gegenüber dem Individualverkehr. Wer mit Bus und Bahn fährt, kann dort arbeiten, kommunizieren oder sich im Internet informieren. Wenn dies mit freiem W-LAN möglich ist, steigern wir die Attraktivität des Nahverkehrsangebots für viele Nutzerinnen und Nutzer, gerade auch für junge Leute.

SONDERGERICHTE IN FREIHANDELSABKOMMEN

Ein Verstoß gegen die demokratische Gleichheit

Die transatlantischen Freihandelsabkommen sind kein Spartenthema von ein paar Verschwörungstheoretikern mit Alu-Hüten auf dem Kopf. Das hat die Demo in Berlin mit rund 250.000 Teilnehmenden eindeutig gezeigt. Gut, dass die SPD Rhein-Sieg auf dem letzten Parteitag ein paar Pflöcke eingerammt hat, die „keinen Kompromissen“ zugänglich sein sollen. Ich möchte anhand nur eines einzelnen Aspekts, der geplanten Einführung von Sondergerichten für Investoren, aufzeigen, warum die SPD hier in der Tat hart bleiben muss.

1.) Seit der französischen Revolution gilt das Prinzip der Gleichheit. Alle müssen sich dem selben Rechtssystem unterwerfen, das die Interessen der verschiedenen Bürgerinnen und Bürger sorgsam austariert. Unternehmen aber eben auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können effektiv um Rechtsschutz nachsuchen, wenn jemand sich nicht an die Spielregeln hält. Die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und CETA (mit Kanada) sehen nun nur für Investoren zusätzliche Gerichte vor, vor denen sie klagen können, wenn sie sich nicht „fair und gerecht“ behandelt fühlen. Was ist eigentlich mit der Arbeitnehmerin, die sich vom Investor unfair

behandelt fühlt? Hier enthalten die Abkommen nur windelweiche Formulierungen ohne harte Klagerechte. Das ist ein Verstoß gegen die demokratische Gleichheit!

2.) Ist das Abkommen erst einmal abgeschlossen, kommt man nur sehr schwer wieder heraus. Bei CETA, das schon ausverhandelt vorliegt, müsste die EU sich einig sein und kündigen; danach würde der „Schutz“ der Investoren noch 20 Jahre weiter gelten. Wenn die Sondergerichte die höchst unbestimmten Rechtsbegriffe wie „faire und gerechte Behandlung“ auf eine Art und Weise auslegen, die wir Sozialdemokraten ungerecht finden, dann könnten wir den Investoren diese Rechtspositionen faktisch nicht wieder nehmen. Wer weiß schon, ob ein Sondergericht nicht irgendwann bestimmte Arbeitnehmer*innenrechte oder Umweltschutzaufgaben „unverhältnismäßig“ findet? Es könnte also passieren, dass wir irgendwann (hoffentlich mal!) die Wahlen gewinnen und trotzdem keine soziale Politik nach unseren Vorstellungen machen können, weil das internationale Handelsregime die wichtigsten Leitplanken schon eingezogen hat. An diesem Grundübel ändert übrigens auch ein „internationaler Handelsge-



Gemeinsame TTIP Informations-Veranstaltung Jusos und der AG 60plus

richt“ nichts, den Sigmar Gabriel und die EU-Kommission dem kritischen Publikum als Beruhigungspille verabreichen wollen.

3.) Grundsätzlicher: Es ist richtig, dass die SPD sich nicht in die Schmollecke zurückzieht und Kompromisse auch mit dem politischen Gegner CDU eingeht, wenn das insgesamt dazu beiträgt, dass sozialdemokratische Projekte wie der Mindestlohn verwirklicht werden können. Schluss mit Kompromissen muss aber da sein, wenn dauerhaft Strukturen geschaffen werden, die Investoren-Interessen in die Offensive und die soziale Demokratie in die Defensive bringen.

Um es ganz hart zu sagen: Mir sind die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven eines Unternehmens in den USA oder Kanada nicht ganz so wichtig wie der unbeschädigte Bestand unsere Demokratie. Und die ist in Gefahr, wenn Sonderrechtsregime das Prinzip der demokratischen Gleichheit verletzen und Parlaments-Entscheidungen überspielen können.

Es gibt keine Partei in Deutschland, die in ihrer gesamten Geschichte ein so ungebrochenes Verhältnis zur Demokratie hatte wie die SPD. Das ist auch heute Pflicht und Vermächtnis zugleich.



Folke große Deters (33)

ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen NRW. Er kämpft gegen Sondergerichte für Investoren, weil er den Kapitalismus trotz bedrohlicher Nähe zur Juso-Bioklippe immer noch sozial und demokratisch überwinden will.

„WARUM BIN ICH IN DER SPD?“



Sebastian Unrecht

Anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden der Juso-AG in Meckenheim haben wir Sebastian Unrecht zum Thema „Warum bin ich in der SPD?“ befragt.

Tim: Immer weniger Menschen, wollen sich in einer Partei engagieren. Du dagegen bist schon recht früh in die SPD eingetreten. Was hat Dich zu diesem Schritt motiviert?

Sebastian: Ich beobachte immer wieder, dass gerade junge Menschen sich zwar darüber beschweren, was in Deutschland ihrer Meinung nach alles falsch läuft, aber dennoch nicht bereit sind, sich zu engagieren oder nicht wissen, wo sie das tun können. Und genau dieses Engagement in einer Partei ist die Möglichkeit, die gegenwärtige politische Situation aktiv zu verändern. Das beginnt schon damit, wählen zu gehen. Wer jedoch mehr Zeit und Mühe investieren will, sollte sich die Partei suchen, die seine Meinung am besten repräsentiert und in

dieser mitarbeiten. Das ist ja gerade das tolle an unserer Demokratie, dass jeder die Möglichkeit hat, aktiv daran mitzuarbeiten und seine Umgebung gemäß seinen eigenen Vorstellungen zu verändern.

Tim: Man solle sich eine Partei suchen, die die eigene Meinung am besten repräsentiert. Wieso war das bei Dir gerade die SPD?

Sebastian: Es gab viele verschiedene Gründe für mich, in die SPD einzutreten. Zunächst, wie eben genannt, der Wunsch selbst dabei mitzuwirken, unser Land zu gestalten. Dazu schien mir die SPD die richtige Partei, da sie für soziale Gerechtigkeit, eine offene Weltanschauung und soziale Marktwirtschaft steht. Als ich 2012 in



die SPD eingetreten bin, gab es keinen Mindestlohn und viele Menschen wurden für ihre Arbeit sehr schlecht bezahlt. Das war ein Aspekt, der für mich persönlich sehr wichtig war. Ebenso wichtig ist mir die Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe oder Religion. Mit der Frauenquote in Führungspositionen, die Anfang 2015 eingeführt wurde, ist Deutschland dank der SPD auch diesem Ziel einen Schritt näher gekommen.

Gerade in diesem Jahr wird auch die Flüchtlingsproblematik ein immer zentraleres Thema. Die SPD fordert schon seit Jahren ein verbessertes Einwanderungsgesetz. In Syrien tobt seit 2011 ein Bürgerkrieg. Es sollte also keine Überraschung sein, dass Flüchtlinge irgendwann

Europa und damit auch Deutschland und Mecklenburg erreichen. Trotzdem hat die damalige Bundesregierung nicht gehandelt. Ein Fehler, durch den die aktuelle Situation noch angespannter ist.

Tim: Neben diesen Schritten, die bereits gemacht wurden – was erwartest Du in Zukunft von Deutschland und insbesondere der SPD?

Sebastian: Wie bereits angesprochen sollte endlich ein verbessertes Einwanderungsgesetz beschlossen werden und vor allem sollten die Asylverfahren beschleunigt werden. Denn die Flüchtlingskrise wird auch in Zukunft eine sehr große Herausforderung für Deutschland und Europa darstellen.



Tim Romankiewicz (24)

ist Mitglied im Juso-Kreisvorstand und kann „Unrecht“ außer bei seinem Interviewpartner eigentlich nicht ausstehen.

AUS DEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

SIEGBURG
RHEIN-SIEG-KREIS

Jusos bringen Initiative für Jugendtaxi auf den Weg

„Eine tolle Idee“: Das war die einhellige Meinung zum Vorstoß der Jusos und der SPD Siegburg, ein Jugendtaxiangebot für die Kreisstadt einzurichten. Denn mit dem Jugendtaxi lösen sich gleich mehrere bekannte Probleme auf einmal. Jugendliche können mit einem solchen Taxiangebot auch zu später Stunde günstig den Heimweg antreten. Die Finanzierung funktioniert über ein sponsorenfinanziertes Gutscheinsystem, das erschwingliche Preise bei Taxifahrten mit sich bringt. So ließen sich schließlich auch vielen Eltern die Sorgen um die sichere Rückkehr ihrer Kinder nehmen. Trotzdem lehnte der

Planungsausschuss die Einführung eines Jugendtaxis mit zweifelhaften Begründungen ab. Doch anstatt die Hände in den Schoß zu legen, suchen die Jusos Siegburg nun einfach selbst schon einmal nach Sponsoren und Taxiunternehmen. Prompt erklärten mehrere Unternehmen, sie begrüßten die Idee und wären an einer Einführung interessiert. Auch die Jusos in Hennef und Swisttal stellten Anträge zur Einführung eines Jugendtaxis in ihren Kommunen, das sich am Modell des Jugendtaxis in Sankt Augustin orientiert.

HENNEF
RHEIN-SIEG-KREIS

Jusos beteiligen sich an Kunstaktion für eine humane Flüchtlingspolitik

Die aus der Bundeshauptstadt bekannt gewordene politische Kunstaktion des „Zentrums für politische Schönheit“, bei der mit symbolischen Gräbern und Kreuzen vor dem Reichstag auf das Schicksal der vielen im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge aufmerksam gemacht wurde, nahmen auch die Jusos Hennef zum Anlass, ein solches „DENKmal“ auf dem Marktplatz zu errichten. Mit dieser Aktion wollten die Jusos Aufmerksamkeit durch Irritation schaffen und die toten Flüchtlinge

aus dem Mittelmeer symbolisch in unseren Alltag holen. Dabei sollte zum einen an das Leid an Europas Grenzen und die vielen Toten erinnert, zum anderen die Menschen aber auch zum Nachdenken über die europäische Flüchtlingspolitik und humane Alternativen bewegt werden. Viele Menschen hielten am DENKmal an oder stellten sogar Kerzen dazu. Auch das Ordnungsamt meldete sich und wollte nachträglich noch eine Genehmigung für die ungenehmigte Aktion erteilen.



HENNEF
RHEIN-SIEG-KREIS

Beachvolleyball und Sommerfeeling mit den Jusos

Bereits zum fünften Mal konnte in Hennef richtig gebaggert und geschmettert werden. Das Beachvolleyballturnier der Hennefer Jusos an der Sportschule hat sich längst zur inoffiziellen Stadtmeisterschaft entwickelt und lockt stetig mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Bei sommerlichen Temperaturen ging es in diesem

Jahr wieder um Ruhm und Ehre, wobei wie immer der Spaß im Mittelpunkt stand. Erstmals konnte auch das Freibad mitgenutzt werden, sodass es bei bestem Sonnenschein einmal mehr ein richtiges Sommerevent im SPD-Sommerprogramm wurde.



TROISDORF
RHEIN-SIEG-KREIS

Jusos informierten zum Thema Flüchtlinge

Zu einem Informationsabend rund um das Thema Flüchtlinge hatte die Troisdorfer Juso-AG unter dem Titel „Willkommen in Troisdorf“ ein-

geladen. Nachdem der AG-Vorsitzende Marco Firmenich die Gäste in der Aula des Gymnasiums „Zum Altenforst“ begrüßt hatte, stellte der Juso-

Kreisvorsitzende Mario Dahm, der kurzfristig als Referent eingesprungen war, das Asylverfahren in Deutschland dar und erläuterte aktuelle politische Entwicklungen rund um das Asylbewerberleistungsgesetz und die Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen. Dabei plädierte er für eine integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in großen Unterkünften sowie Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung durch die Einführung einer

Gesundheitskarte. Die Situation in der Stadt Troisdorf zeigte die stellvertretende Bürgermeisterin Angela Pollheim (SPD) auf. Sie lobte das ehrenamtliche Engagement der Menschen in Troisdorf, sah aber beim Thema Unterbringung in der Stadt noch Verbesserungspotenzial. In der anschließenden Fragerunde wurde sich über viele Themen und Fragen zur aktuellen Asylpolitik der EU und Deutschlands ausgetauscht.



Diskussion zu europäischen Solidarität zu Krisenzeiten und Klausurtagung

Am 6. Oktober veranstalteten die Jusos Lohmar gemeinsam mit der SPD Lohmar eine Diskussionsrunde zum Thema „Griechenland - Europäische Solidarität zu Krisenzeiten“. Zu Gast war unser Bundestagsabgeordneter Sebastian Hartmann. Die Moderation übernahmen OV-Vorsitzende Gisela Becker und Juso-Vorsitzender Thomas Roßrucker. Es wurden sowohl Fragen zur griechischen Wirtschaft als auch zur

Haftung für Bürgschaften gestellt. Sebastian Hartmann stellte sich konsequent und gut informiert allen Fragen und berichtete auch über die Diskussion und die Abstimmung im Bundestag. Juso-Vorsitzender Thomas Roßrucker wertete die Veranstaltung als großen Erfolg: „Die Veranstaltung war super, knapp 30 Gäste konnten nach dem Vortrag des Abgeordneten ihre Fragen stellen. Aufgrund der aktuellen Flüchtlings-



situation scheint das Thema in den Medien nicht mehr sehr wichtig zu sein. Deswegen bleiben wir dran und werden diese Veranstaltung 2016 noch einmal anbieten.“ Zuvor hatten die Jusos Lohmar sich in Bad Münstereifel zur Klausurtagung getroffen. Erarbeitet wurden Pluspunkte, wie z.B. das Thema „Optik“ und „Mitglieder werben“. Außerdem planten die Jusos Einzelaktionen und Kampagnen für die nahe Zukunft. Als Referent zu den Themen Integration und Flücht-

lingspolitik sowie zu Strukturen der Politik und der Partei stand Ömer Kirli, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt Rhein-Sieg, zur Verfügung. Dies war der Wunsch der Lohmarer Jusos, um ihr Wissen um die politischen Zusammenhänge erweitern zu können. Zur Kurzfassung: Es war eine tolle Klausurtagung mit vielen Ideen, die hervorragend bearbeitet wurden!



Schön, dass es Jusos nun auch in Königswinter gibt!

Als die letzte Ausgabe der Rhein-Sieg-Bühne erschien, gab es die Jusos aus Königswinter noch nicht. Nach vielen Jahren der Abstinenz und mehreren Anläufen konnten sich die Jusos in Königswinter jedoch neu gründen - mit ca. 15 aktiven Mitgliedern. Im Kommunalwahlkampf 2014 war die neue Juso-AG zum ersten Mal sehr aktiv, konnte unter anderem an den beiden Gymnasien mit Podiumsdiskussionen zur Wahl anregen oder der SPD-Bürgermeisterkandidatin einen Maibaum vors Rathaus stellen. Neben vielen Ständen zu den Themen Rassismus oder auch zur Flüchtlingssituation, der jährlichen Teilnahme an der Demonstration zum 1. Mai oder auch zur „Bogida“-Gegendemonstration, war

ein absoluter Höhepunkt die Fahrt nach Brüssel zum europäischen Parlament mit knapp 30 Teilnehmer*innen. Zuletzt zeigten die Jusos mit einem Stand auf einem Willkommensfest für Flüchtlinge in Königswinter-Stieldorf Präsenz. Dennoch stehen die Köwi-Jusos in diesem Jahr vor dem Problem, dass viele Mitglieder nach dem Abitur nun in alle Himmelsrichtungen, von den Niederlanden bis nach Indien, verteilt sind. Gerade deshalb sind die Jusos Königswinter froh, dass es eine solch gute Gemeinschaft bei den Rhein-Sieg-Jusos gibt, die durch viele gemeinsame Aktionen Bestand hat.

Wir bedanken uns bei allen Arbeitsgemeinschaften für die Berichte und entschuldigen uns direkt für die leider notwendigen Kürzungen.



Jus  **s**
im Rhein-Sieg-Kreis

IMPRESSUM

Jusos Rhein-Sieg
Frankfurter Straße 47
53840 Troisdorf

V.i.S.d.P.:

Mario Dahm

Redaktionsleitung:

Mario Dahm

Gestaltung:

Alexander Jüdes

Auflage: 1.000

Stand November 2015

Kommentare und Anmerkungen an rsb@jusos-rsk.de

 facebook

Wir sind auch auf Facebook.